



FRAGE

Nach zähen Verhandlungen haben sich die Spitzen der Schwarz-gelben Koalition in der Nacht zum Montag in zentralen Streitfragen geeinigt. Im Kampf gegen die Altersarmut haben sich die Koalitionsspitzen darauf geeinigt, Renten unterhalb der Grundsicherung aus Steuermitteln aufzustocken, sofern der Rentennehmer zuvor mindestens 40 Jahre Rentenbeiträge eingezahlt hat. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben?

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik , Universität Trier:

Die Menschen, die sowieso schon zu Hause die Kinder betreuen, nehmen das Betreuungsgeld gern an, für sie ist das Geld ein (Wahl-)Geschenk. Am ehesten verhaltensändernd wirkt sich das Betreuungsgeld wohl bei sozial schwachen Haushalten aus. Da kann das Betreuungsgeld den Verlust von geringen Arbeitseinkommen möglicherweise aufwiegen, und die Kinder werden dann zu Hause statt in der Kita betreut. Aber will man das denn? Studien zeigen, dass gerade Kinder aus sozial schwachen Familien von der Kita-Betreuung besonders profitieren, und das wären gerade die Kinder, die wegen des Betreuungsgelds aus der Kita genommen werden. Arbeitende Mütter und Väter mit Durchschnitts- oder höherem Einkommen werden sich durch das Betreuungsgeld kaum dazu bewegen lassen, zu Hause auf die Kinder aufzupassen, und volkswirtschaftlich gesehen wäre dies auch nicht sinnvoll. Fazit: Die Mittel für das Betreuungsgeld sollten lieber dazu verwendet werden, mehr Kita-Plätze zu schaffen.

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:

Es fehlt ein vernünftiges Konzept zur echten Wahlfreiheit und ordentlicher frühkindlicher Förderung. Das ganze ist politischer Kuhhandel statt anreizorientiert und durchdacht.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Der Koalitionskompromiss erschwert die Haushaltskonsolidierung und ist familienpolitisch und ökonomisch ein Schritt in die falsche Richtung. Eine staatliche Leistung dafür zu gewähren, dass man eine andere staatliche Leistung (nämlich einen Krippenplatz) nicht in Anspruch nimmt, erscheint zumindest fragwürdig.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Diese Möglichkeit dieses „Zusatzverdienstes“ werden insbesondere die Gruppen in Anspruch nehmen, die dringend eine außerhäusliche Betreuung nutzen sollten. Es ist ein Anti-Integrations- und Anti-Chancengleichheitsgesetz hinsichtlich seiner Anreizwirkungen.

Dr. Justina A.V. Fischer Adjunct Professor, Universität von Oradea und Visiting Fellow, Universität Mannheim:

Es werden völlig falsche Anreize gesetzt: Gerade Geringverdiener werde nun ihre Kinder nicht in die Kita geben und dadurch deren Bildungschancen mindern.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Schuldenfinanzierte Herdprämie – wir sollten besser die Kinderbetreuungskosten bepreisen.

Prof. Dr. Jan Kowalski Leiter des Fachgebiets Internationale Wirtschaftspolitik, TU Karlsruhe:

Die einzige wirksame Maßnahme der Bevölkerungspolitik heute ist das Elterngeld.

Prof. Dr. Joachim Wilde Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik, Universität Osnabrück:

Steuert gegen die einseitige Fokussierung auf Erwerbstätigkeit.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Das Betreuungsgeld ist eine überflüssige Ausgabe und setzt falsche Anreize. Es wird dazu führen, dass gerade Familien aus bildungsfernen Schichten die Möglichkeiten einer Kinderbetreuung und damit einen ersten Baustein frühkindlicher Bildung nicht in Anspruch nehmen. Die frühkindliche Förderung ist aber entscheidend für den weiteren Bildungsweg und damit für gute Chancen am Arbeitsmarkt und im Leben. Mit dem Geld sollte daher besser der Ausbau der Kinderbetreuung gefördert werden.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Persönliche Wahlfreiheit sichern!

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Das Betreuungsgeld ist eine kleine Kompensation dafür, dass der Staat unverantwortlicherweise einen Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung für alle Kinder geschaffen hat, den er nicht erfüllen kann.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Eigentlich gibt es für die Betreuung zu Hause bereits das Kindergeld.

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Für ein paar Milliarden Euro gibt sich die rot-grüne Partei Bayerns ein konservatives Profil.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Sache ist nur deswegen erträglich, weil es sehr wenig Geld ist. Ansonsten fügt das nur unserer Überfülle an schon per se fragwürdigen bevölkerungspolitischen Aktivitäten eine weitere hinzu...

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Es weitet die Ausgaben des Staates weiter aus. Ziel sollte aber vielmehr sein, die Ausgaben des Staates zu reduzieren. Ein möglicher Vorteil könnte jedoch bestehen: Wenn durch das Betreuungsgeld Kita-Plätze eingespart werden können, könnte sich das Betreuungsgeld darüber indirekt finanzieren.



Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung , Universität Kassel:
Ein schlimmer gesellschaftspolitischer Rückschritt aus ideologischen Gründen mit extrem negativen Anreizwirkungen und auf Kosten der Haushaltskonsolidierung.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:
Geld ist kein Ersatz für Betreuung im Kollektiv. Kinder gehören unter Kinder.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:
Das Betreuungsgeld setzt falsche Anreize.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:
Bildungspolitisch verkehrt, fiskalisch sehr teuer, und dass wir in Deutschland jetzt so weit sind, dass für die Nicht-Inanspruchnahme einer vom Staat angebotenen Leistung (Kita-Platz) eine Subvention gewährt wird, grenzt an Irrsinn.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:
Rausgeworfenes Geld. Es wird der Koalition nicht einmal politisch helfen, sondern sich ähnlich wie die Hotelsteuerermäßigung bei der nächsten Wahl als Bumerang erweisen

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:
Völlig falscher Anreiz. Wir brauchen höhere Partizipation von Frauen und damit mehr Krippenplätze.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):
Die Beurteilung erfolgt vor allem aufgrund der Tatsache, dass mit dieser Maßnahme zusätzliche Ausgaben beschlossen werden, denen keine Einsparung an anderer Stelle gegenübersteht.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:
Wir haben einfach andere Sorgen als in solchen Zeiten Geschenke an Koalitionspartner zu machen.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:
Kann man machen, muss man aber nicht. Auf jeden Fall ist die tiefende Häme in Sachen Betreuungsgeld für eine Demokratie, die immer Kompromisse beinhaltet, völlig unangemessen. Und zum Verfassungsgericht zu laufen, ist ziemlich albern.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:
Das löst das Problem nicht.



Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Weitestgehend ideologisch getrieben und kontraproduktiv für die Reduktion der Staatsschuldenquote.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Kita und Arbeitsmarkt sind nicht der einzige Weg.

PD Dr. Jochen Kurt Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Rausgeschmissenes Geld.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Es handelt sich um ein reines „Wahlgewinn“ das kaum Nutzen bringt und die öffentlichen Finanzen belastet.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Kinder sollen irgendwann in die Kita. Die Leute sind ausgebildet und verstehen was von ihrem Fach. Besser in die Kita als den ganzen Tag vor der Wii.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Im ländlichen Raum wird es kaum genug Kitas geben und es darf auch nicht davon ausgegangen werden, dass alle Eltern ihre Kleinen in ominösen Erziehungsstätten indoktrinieren lassen wollen. Noch besser wäre es gewesen, wenn man das über Jahre ideologisch unbeanstandet gebliebene Elterngeld niemals abgeschafft hätte; es handelt sich bei der gegenwärtigen Diskussion ohnehin nur um einen Wahlklammer von der Sorte DDR-Nostalgie.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Das hat nachweislich ungünstige Effekte (z.B. Erlernen der deutschen Sprache von Kindern mit Migrationshintergrund), wie man aus Studien in Thüringen und europäischen Nachbarländern weiß.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Mit dem gezahlten Betrag wird die „Erziehungsarbeit“ der Eltern honoriert.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Aufwendungen für das Betreuungsgeld fehlen beim Aufbau der Kita-Plätze.



Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das ist eine zweischneidige Sache: Einerseits profitieren viele Haushalte davon, die ihre Kinder besser in die Kita schicken sollten. Andererseits ist das ein dringend notwendiger Kontrapunkt gegen die Zwangssozialisierung aller Lebensbereiche heutzutage.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Die Position des Liberalen, gegen den bevormundenden Staat gewendeten Menschen, sollte sein, die Gesamtkosten den Eltern zur Verfügung stellen, damit diese wettbewerblich wählen – Kita, Kindergarten, oder zuhause. Die Vermutung, Eltern könnten ihre Kinder nicht erziehen, deshalb müsste man ihnen ihr Glück vorschreiben, hat ein Menschenbild, das geradezu unerträglich ist – spannend nur, wie viele Politiker dieses teilen.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Alle Argumente sind ausgetauscht. Die Einführung ist einfach Unsinn.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Das Betreuungsgeld setzt falsche Anreize. Auszahlung an Haushalte mit hohem Einkommen ist sozialpolitisch fragwürdig.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die ökonomische Wirksamkeit dieser politischen Maßnahme ist nicht erkennbar. Große Teile der Bevölkerung werden ihr Verhalten nicht ändern. Nur in Ausnahmefällen werden Kinder von dieser Entscheidung profitieren. Der Nettoeffekt ist negativ.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Es beinhaltet ein antiquiertes Familienbild und setzt falsche Anreize.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es wird ein Schritt in Richtung Wahlfreiheit der Eltern gegangen.

Prof. Dr. Peter Posch Institut für Finanzwirtschaft, Universität Ulm:

Ein Koalitions-Kuhhandel, der wichtigen gesellschaftlichen Änderungen im Wege steht.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die Koalition hätte besser ihre Sparbemühungen intensivieren sollen.

FRAGE



Im Kampf gegen die Altersarmut haben sich die Koalitionsspitzen darauf geeinigt, Renten unterhalb der Grundsicherung aus Steuermitteln aufzustocken, sofern der Rentennehmer zuvor mindestens 40 Jahre Rentenbeiträge eingezahlt hat. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben?"

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik , Universität Trier:

Dass Bedürftige noch zusätzliche Mittel erhalten, ist ja politisch gewollt. Aber die Rente ist für viele nicht das einzige Einkommen im Alter, da muss man doch genauer hinsehen.

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:

Zu spät, zu wenig.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Maßnahme ist sozialpolitisch weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal sie nur einen sehr kleinen Personenkreis begünstigt. Zudem stellt sie eine weitere Abkehr von der Beitragsfinanzierung dar.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Dies ist eine absolut richtige Maßnahme, über deren Höhe allerdings diskutiert werden kann. Die Renteneinzahlungen sollten nicht zu einer Steuer zur Finanzierung der Grundsicherung im Alter degenerieren.

Dr. Justina A.V. Fischer Adjunct Professor, Universität von Oradea und Visiting Fellow, Universität Mannheim:

Da der reale Erhöhungseffekt 15 Euro ausmachen wird, handelt es sich auch hierbei nur um symbolische Politik. Sinnvoller wäre ein Umbau des Rentensystems (Beamte, Selbständige, etc.) und ein Abbau der 450-Euro-Jobs, so dass es mehr Beitragszahler gibt. Dann könnte das Rentenniveau generell steigen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Armut muss gleich behandelt werden – arme Alte sind nicht die besseren Armen!

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Setzt völlig falsche Anreize am Arbeitsmarkt. Die richtige Lösung wäre, das Rentenalter endlich freizugeben, so dass jeder selbst wählen kann, wann er oder sie in Rente geht.

Prof. Dr. Joachim Wilde Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik, Universität Osnabrück:

Der Kern der Vereinbarung scheint weniger die Aufstockung zu sein, sondern eher, dass nicht auf die vorhandene Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung zurückgegriffen werden muss.



Positiv daran ist, dass sich private Vorsorge mehr lohnt, weil sie nicht mit der Grundsicherung gegen gerechnet wird.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Angesichts der langen Versicherungszeit wirkt sich die Aufstockung der Rentenansprüche nur auf einen kleinen Kreis aus. Die finanziellen Risiken, die mit der Gewährung dauerhafter Anwartschaften – anstelle einer Lösung im Rahmen der Grundsicherung – eingegangen werden, sind daher überschaubar. Das Risiko wachsender Altersarmut trifft allerdings v.a. andere Personen.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Die geplante Aufstockung der Renten von Geringverdienern schafft neue Rentenansprüche auf Kosten künftiger Generationen. Besser zur Vermeidung von Altersarmut wäre es, eine auskömmliche Vorsorge im Zuge der Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Die Grundsicherung ist dazu da, Altersarmut zu verhindern. Ein weiteres steuerfinanziertes Instrument, das noch dazu wenig treffsicher ist, weil es das Gesamteinkommen nicht berücksichtigt, ist unnötig bzw. schädlich.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Eine eher unsichtbare Aufstockung von Minirenten aus Steuermitteln ist psychologisch geschickt und ist insofern dem Gang zum Sozialamt vorzuziehen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das dämmt Schwarzarbeit und die Flucht in die Scheinselbständigkeit bis zum gewissen Grad ein.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Es ist eine neue Sozialleistung, die es eigentlich schon gibt, nämlich die Sozialhilfe, nur, dass diese neue Leistung höher ausfällt. Gut ist zumindest, dass sie aus Steuermitteln und nicht aus Beitragsmitteln bezahlt wird.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Eingriffe in das Rentensystem begrüße ich grundsätzlich nicht. Mein Gerechtigkeitsempfinden stimmt aber eher für diese Maßnahme.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Mit diesem Vorhaben wird nicht sichergestellt, dass die Rente insgesamt höher ausfällt als die Grundsicherung im Alter zuzüglich Kosten für Unterkunft und Heizung. Der Sachverständigenrat hat dies im jüngsten Jahresgutachten 2012/13 veranschaulicht (Ziffern 649ff.).



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Leider wieder einmal unsystematisches Herumgewurstele in der Rentenpolitik. Bei unzureichendem Einkommen im Alter besteht doch sowieso schon Anspruch auf Unterstützung durch den Steuerzahler, was also soll die weitere Vermischung von Beitrags- und Steuerfinanzierung?

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Das Ziel der Maßnahme ist ok, auch die Steuerfinanzierung. Aber es fehlt die Einsparung an anderer Stelle.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Altersarmut ist im Augenblick das letzte Problem, das wir haben. Und gegen Armut im Allgemeinen haben wir das System der Sozialhilfe. Wir können froh sein, wenn wir künftig überhaupt unsere Rentenversicherung finanzieren können, ganz zu schweigen von den übrigen Sicherungssystemen. Das ist einfach nicht die Zeit, um diese Systeme noch weiter zu belasten.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Glorreich ist es zwar nicht, aber das Problem existiert ja. Und was soll die Regierung jetzt kurzfristig schon machen, nachdem über viele Jahre hinweg keine nachhaltige Rentenreform auf die Beine gestellt wurde?

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Ursache sind die ungleichen Einkommen; hier wird das Symptom bekämpft.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Wer 40 Jahre Rentenbeiträge gezahlt hat, sollte nicht in Armut alt werden.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es ist nur heuchlerisch. Die Aufstockung über die Sozialhilfe muss sowieso erfolgen. 40 Jahre schaffen die Betroffenen ohne bessere Aus- und Fortbildungspolitik nicht. Das wahre Problem wird nicht angepackt, sondern derart verschleiert und verschoben.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Unter sozialen Erwägungen ist das gerechtfertigt. Die Frage ist die nachhaltige Finanzierbarkeit, auch angesichts der demographischen Entwicklungen und der damit per se weiter sinkenden Versorgungsmöglichkeiten aus der Sozialversicherung.



Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Wie hoch ist denn die Zusatzrente? Pay them right -- or do not pay them at all.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Gesundbeten hilft nichts, die Lösung ist somit besser, als gar nichts. Was fehlt ist allerdings eine grundlegende Reform des Rentensystems, die der demographischen Zwischenphase der Bevölkerungsentwicklung gerecht werden kann.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

In Deutschland darf es bei der gegenwärtigen ökonomischen Situation keine Altersarmut geben, insbesondere wenn jemand sein ganzes Leben gearbeitet hat.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die Regelung ist ungerecht.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Die Rente ist im Grundgedanken eine Versicherungsleistung, die Umverteilung ist Aufgabe des Steuersystems. Vor diesem Hintergrund ist die Aufstockung der Rente aus Steuermitteln vertretbar. Allerdings macht die Regierung weiterhin einen großen Bogen um das Kernproblem: Wie können wir dauerhaft die Renten bei einem stetig sinkenden Anteil von Erwerbstätigen sichern und gleichzeitig die Steuer- und Abgabenlast in Grenzen halten, so dass weitere Wachstums- und Leistungsanreize bestehen?

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Diese Regelung ist immerhin besser als die Aufstockung aus den Beiträgen zur Rentenversicherung zu finanzieren.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Miserabel, Steuerfinanzierung ist zwar richtig, aber die Rentenversicherung der falsche Verteiler!

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Grundidee, Altersarmut zu bekämpfen, lässt sich schwer wegargumentieren.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Altersarmut nach 40 Jahren Beitragszahlung ist gesellschaftlich nicht akzeptabel.



Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Aufstockung mit Steuergeldern ist bereits gängige Praxis.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Inhaltlich gut, die Form weniger.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Renten unterhalb des Grundsicherungsniveaus werden im herrschenden System im Rahmen der Grundsicherung im Alter auf dieses erhöht, allerdings nur – und das mit Recht – bei Bedürftigkeit. Im neuen Recht werden auch Personen beglückt, die deshalb keine Leistung beziehen sollten, weil sie nicht bedürftig sind.

Prof. Dr. Peter Posch Institut für Finanzwirtschaft, Universität Ulm:

Das Vorhaben ist nicht mehr als eine Beruhigungspille, es gilt das Rentensystem zu reformieren und für eine ausreichende Existenzsicherung im Alter zu sorgen.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die Koalition hätte besser ihre Sparbemühungen intensivieren sollen.

FRAGE

Zudem will die Koalition über Umschichtungen im Haushalt zusätzlich rund 750 Millionen Euro für Verkehrsprojekte bereitstellen. Zuvor hatten mehrere Wirtschaftsverbände eine deutliche Aufstockung des Verkehrsetats gefordert. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben?

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Die Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Daher sind Investitionen in diesem Bereich zu begrüßen.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Wachstumsfaktor und 750 Millionen Euro sind in diesem Bereich schnell ausgegeben.

Dr. Justina A.V. Fischer Adjunct Professor, Universität von Oradea und Visiting Fellow, Universität Mannheim:

Die positiven Effekte für die Wirtschaft hängen davon ab, für welche Projekte das Geld ausgegeben wird. Hier sollte man im Einzelfall entscheiden.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Man sehe sich nur den Straßenzustand zu!

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Wir brauchen nicht mehr Verkehr, sondern Schuldenabbau.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Die kurzfristige Erhöhung der Mittel ist bitter nötig. Mit ihrer Hilfe müssen Projekte umgesetzt werden, die einen Beitrag zur Engpassbeseitigung leisten. Entscheidend ist, den Verfall der Substanz des Bestandsnetzes zu stoppen und die Engpässe auf den Hauptverkehrsachsen zügig zu beseitigen. Zudem brauchen wir eine Verstärkung der Mittel auf höherem Niveau.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Die zusätzlichen Mittel sollen für Neubauten ausgegeben werden. Eine Sanierung vorhandener Straßen wäre dringlicher.

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

In Griechenland Wasser predigen, zu Hause Wein ausschenken...

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Infrastruktur und zwar speziell das Verkehrswesen sind bei uns tatsächlich unterdotiert.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Eine gute Verkehrsinfrastruktur unterstützt die Wirtschaft und kann als Investition gesehen werden, durch die der Staat perspektivisch mehr Steuereinnahmen generieren kann.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das bisherige Vorgehen – immer mehr Autos auf immer schlechteren Straßen – ist offensichtlich an seine Grenzen gestoßen.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Es besteht ein dringender Investitionsbedarf im Bereich der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur in Deutschland.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

In Anbetracht des inzwischen bedenklichen Zustandes der Straßenverkehrsinfrastruktur sind viel umfassendere Investitionen geboten.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist im Prinzip notwendig, sollte aber durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden. Am besten Schluss mit der Zweckentfremdung der Mittel aus Mineralölsteuer und Kfz-Steuer für ganz andere Dinge, dann hat man mehr als genug Geld für die Infrastruktur.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Auch hier: Öffentliche Investitionen in Infrastruktur mögen sinnvoll sein, aber bei der gegebenen öffentlichen Schuldenquote sollten ihnen Einsparungen bei den öffentlichen Konsumausgaben gegenüberstehen.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Längst überfällig, nachdem jahrzehntelang die notwendigen Reinvestitionen im Straßenbau unterlassen worden sind, geschweige denn ein hinreichendes Maß von Nettoinvestitionen erreicht wurde.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Eine gute Infrastruktur ist wichtig.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Das ist Wahlkampf-Aktionismus. Unsere Infrastruktur (bis hin zum Nordostsee-Kanal) verkommt, gefährdet massiv den Standort – nicht einmalige Umschichtungen und Projekte helfen, sondern eine grundlegend reformierte Verkehrspolitik.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Konjunktur trübt sich ein. Jetzt scheint ein guter Moment, Budgetziele maßvoll aufzuweichen statt zu verschärfen, und notwendige Investitionen in die Infrastruktur vorzuziehen. 750 Millionen Euro scheinen mir allerdings zu wenig, um einen spürbaren Effekt zu generieren.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Infrastruktur, vor allem im Westen, ist als Folge der jahrzehntelangen ökodogmatischen Ver-teufelung des Individualverkehrs zum Engpass der Entwicklung in vielen Regionen, vor allem aber in NRW geworden. Insofern ist jede Investition in Verkehrsprojekte erfreulich. Was aber nach wie vor fehlt, ist eine konsistente Gesamtplanung.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Die Aufstockung geht in die richtige Richtung. Allerdings wären mehr Investitionsmittel in die Verkehrsinfrastruktur wünschenswert, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten.



Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Verkehrsinfrastruktur stellt die Lebensader einer Volkswirtschaft dar. Diese Infrastruktur wurde über Jahrzehnte vernachlässigt. Es wird Zeit, dies zu korrigieren.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Wer von den Bürgern mehr Mobilität erwartet, muss auch die Mittel dazu zur Verfügung stellen.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Es gibt drei Arten von Verschuldung – direkt (bei Schäuble), indirekt (über Versorgungsansparungen) und Unterinvestition – das ist die geschickteste, um den Staat heimlich zu ruinieren. Es ergibt wenig Sinn, vor allem Etats der Bauwirtschaft zusammenzustreichen und dann Arbeitslosigkeit bei Bauarbeiten, oft auch einfache Tätigkeiten, die hier integriert werden, zu bezahlen.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das hätte man budgetneutral hinbekommen müssen in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Necesse est!

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die Verkehrsinfrastruktur ist in der Vergangenheit zum Stiefkind der Wirtschaftspolitik geworden.

Prof. Dr. Peter Posch Institut für Finanzwirtschaft, Universität Ulm:

Die Bereitstellung sinnvoller Infrastruktur ist eine der Grundaufgaben des Staates, hoffen wir, dass die Gelder an die richtigen Stellen fließen werden.

FRAGE

In Griechenland spitzt sich die wirtschaftliche Lage erneut zu. Für das kommende Jahr rechnet die Regierung in Athen nun mit einem Haushaltsdefizit von 189,1 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung nach bislang 179,3 Prozent. Auch die Rezession dürfte mit einem erwarteten Rückgang der Wirtschaftsleistung von 4,5 Prozent im nächsten Jahr schärfer ausfallen als bislang gedacht. Sollte Griechenland vor diesem Hintergrund die nächste Tranche von 31,5 Milliarden Euro ausgezahlt bekommen?

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Man sollte die Tranchen nicht von den allgemeinen Wirtschaftsdaten abhängig machen, die werden wohl noch weitere Zeit schlecht aussehen, sondern konkret darauf achten, ob sich bei den Reformen wirklich etwas tut.



Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Griechenland hat seine Reformbemühungen in den letzten Monaten intensiviert, seine zentralstaatliche Neuverschuldung war in den ersten zehn Monaten dieses Jahres im Plan. Von skeptischen Konjunkturerwartungen sollte die Auszahlung nicht abhängen. Eine Nichtauszahlung würde zur Zahlungsunfähigkeit Griechenlands führen mit unübersehbaren Folgen für den Fortgang der europäischen Schuldenkrise.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Ja, wenn neben Haushaltskonsolidierung auch Strukturreformen vorgenommen werden.

Dr. Justina A.V. Fischer Adjunct Professor, Universität von Oradea und Visiting Fellow, Universität Mannheim:

Eigentlich sollte Griechenland aus der Eurozone austreten und abwerten. Ein Verbleib Griechenlands ist rein politisch begründet, nicht wirtschaftlich. Im Falle einer politischen Motivation müssen die Kosten des Verbleibs von der europäischen Allgemeinheit mittels direkter Transfers getragen werden.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ein Fass ohne Boden!

Prof. Dr. Jan Kowalski Leiter des Fachgebiets Internationale Wirtschaftspolitik, TU Karlsruhe:

Das sind Peanuts!

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Griechenland muss endlich gestattet werden, eine drastische Umschuldung anzugehen, um die Schuldenquote auf tragbare 40-50% zu bringen. Hier findet Konkursverschleppung statt bis zum Tag nach der Bundestagswahl.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Ja, aber. Nur wenn es deutliche Strukturverbesserungen in Griechenland gibt.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Es wäre für Griechenland besser, die Eurozone zu verlassen, um wieder auf die Beine zu kommen. Der Euro verhindert genau das.



Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Griechenland sollte in die offene Insolvenz. Auch ein temporärer Austritt aus der Eurozone ist zu erwägen. Allerdings wäre die EU aus humanitären Gründen weiter in der Pflicht, die griechische Bevölkerung durch Hilfszahlungen zu unterstützen.

Prof. Dr. Horst Schellhaas em. Professor, Universität zu Köln:

Mit der gegenwärtigen Politik der Eurozone ist weder eine Reduzierung der Staatsschulden noch ein Wachstum der Wirtschaft zu erwarten. Mit der Strategie der internen Anpassung dauert es noch Jahre, bis die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands wieder hergestellt ist. Die Auszahlung einer weiteren Tranche würde nichts bessern.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Entwicklung zeigt doch, dass es ohne eine Wiedereinführung der Drachme kaum geht. Ein zusätzliches Argument, Griechenland Geld zu geben (solange es im Euroland bleibt – man sollte dem Land natürlich beim Austritt behilflich sein), ist dies auf keinen Fall.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Wir lösen damit nicht die Probleme. Eine bloße Symptombehandlung.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wirtschaftlich macht es zwar keinen Sinn, aber man muss das Land vor radikalen Kräften bewahren und die Demokratie ebenfalls. Die Strukturreformen sollten allerdings langsam einmal greifen.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Wieso „...vor diesem Hintergrund“? Kriterium ist der Bericht der Troika. Erst nach dessen Vorlage ist klar, welche Verpflichtungen eingehalten wurden und welche nicht, und ob – in letzterem Falle – dies von der Regierung in Athen zu verantworten ist oder nicht.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Ohne diese Tranche käme es zur Staatspleite, die aber nach Vorstellung vieler europäischer Politiker, die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister eingeschlossen, einfach nicht stattfinden darf. Lieber macht man sich zum x-ten Mal die Illusion, dass die griechische Regierung konsequent umsetzt, was sie vorher an Konsolidierungsmaßnahmen und Strukturreformen versprochen hat.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Griechenland sollte a) seine Schulden erlassen bekommen und b) sofort die Währungsunion verlassen. Nur so ist ein Neuanfang möglich. Das eine oder das andere allein macht dagegen keinen Sinn.



Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Sinnvoll wäre ein weiterer, drastischer Schuldenschnitt (zu dem es über kurz oder lang wohl auch kommen wird); danach sollte ein neues Programm zur Überbrückung der Zeit ohne Kreditmarktzugang aufgelegt werden.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Griechenland befindet sich im freien Fall. Mit der nächsten Tranche wird weiter auf Zeit gespielt und auf eine Strategie gesetzt, deren Versagen nachgerade offenkundig sein sollte.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Griechenland kommt so nicht weiter, je früher wir das endlich begreifen, desto besser, und zwar für Griechenland.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Offensichtlich treibt die Sparpolitik das Land weiter in die Krise. Alles andere als ein partieller Austritt aus der Eurozone, verknüpft mit einem Schuldenschnitt, hilft nicht weiter.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Griechenland braucht endlich eine ehrliche Lösung: entweder „Grexit“ mit solidarischer Perspektive, oder ein Schuldenschnitt. Die aktuelle Insolvenzverschleppung ist ein politisches Trauerspiel. Wo bleiben die Papiere der Kollegen (Herr Alesina & Co), die vor fiskalischen Wahlgeschenken durch Politiker warnten? Eine herausgezögerte Abschreibung von Vermögen der Wähler ist doch letztlich dasselbe in Grün.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Unter Bedingungen, denn was ist die Alternative? Ungeordneter Staatsbankrott ohne ein Sicherheitsnetz für die Banken kommt noch teurer.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Gelder fließen den Reichen zu (sie kaufen Immobilien, Schiffe usw.) Die Haushaltsdefizite werden regelmäßig „ausgeglichen“ und die Krankenversorgung bricht zusammen (!). Die Clique der Politiker begünstigt Privilegierte und macht die Bevölkerung zur „Drohkulisse“. Griechenland wird von den südeuropäischen Mitgliedsländern eigennützig benutzt.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Es scheint so, als geschehe jetzt alles Menschenmögliche auch von Seiten der griechischen Regierung und des Parlaments, um die Bedingungen zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund sollte die Tür offen gehalten werden.



Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das Weiterwursteln in Griechenland ist sinnlos. Es wird nur Geld verbrannt. Das Dogma „Kein Land verlässt die Eurozone“ ist für alle schädlich, außer für die privaten Gläubiger Griechenlands, die ihre toxischen Papiere an öffentliche Stellen verkaufen konnten.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Griechenland sollte raus aus dem Euro. Anschließend brauchen sie aber mind. 31,5 Mrd., um zu überleben...

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Kredite lindern die Budgetprobleme zwar auf kurze Sicht, vergrößern aber langfristig die Misere, da die griechische Wirtschaft wegen ihrer peripheren Lage im Euroraum dessen Agglomerationseffekte zu Gunsten des Zentrums nicht ausreichend entwickeln kann. Da Griechenland in diesem Raum aber durch kontinuierliche Abgabe von Faktoren an das Zentrum – man zähle nur die zahlreichen griechischen Wissenschaftler in unserer Disziplin – zu dessen Prosperität beiträgt, muss als Kompensation dringend ein Finanzausgleichsmechanismus wie unter den deutschen Bundesländern geschaffen werden.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Weil es Griechenland keinen Schritt weiter bringt.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Auch eine weitere Tranche würde vermutlich nur verbrannt werden. Ein weiterer Schuldenschnitt ist unumgänglich; er würde mit weiteren Zahlungen nur hinausgezögert.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Die Alternative wäre ein Konkurs Griechenlands. Die Folgen wären noch schlimmere Armut in Griechenland und erhebliche Gefahren für die Finanzstabilität in Europa.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es gibt kaum einen anderen Weg, um einen 'messy default' Griechenlands zu verhindern.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das schiebt nur die Katastrophe auf. Besser wäre ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.



Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Das Geld geht ohnehin nicht an Griechenland, sondern an den Finanzsektor. Trotz der Wahl im kommenden Jahr. Griechenland ist nicht zu retten. Die 31 Mrd. sind besser als Schutzschild, um systemische Reaktionen auf einen „Grexit“ zu mindern.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Im Moment gibt es keine sinnvolle Alternative.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Ohne Auszahlung der Tranche ist Griechenland zahlungsunfähig Die Gefahr einer Ansteckung in den anderen Problemländern der EWU über steigende Risikoprämien ist nach unserer Einschätzung immer noch zu hoch.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Die Frage, ob eine weitere Auszahlung gerechtfertigt ist, hängt entscheidend davon ab, ob von Griechenland die mit den Kreditgebern vereinbarten Maßnahmen umgesetzt wurden.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Bevor weitere Hilfszahlungen geleistet werden, muss zunächst die Insolvenz des Landes klar geregelt werden. Erst dann sollten für einen wirtschaftlichen Neuanfang Mittel bereitgestellt werden, von denen die Bevölkerung auch profitiert.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Diese Politik ist alternativlos (TINA).

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Man sollte endlich realisieren, dass Griechenland bankrott ist, und sich Gedanken über die Abwicklung machen.

Prof. Dr. Peter Posch Institut für Finanzwirtschaft, Universität Ulm:

Der Zusammenhalt Europas muss das Ziel aller Bemühungen sein.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die weitere Unterstützung stellt nur eine Insolvenzverschleppung dar.

FRAGE



Die Troika prüft angesichts der Lage in Griechenland weitere Finanzierungshilfen. Derzeit werden verschiedene Alternativen diskutiert. Welche Instrumente halten Sie dabei geeignet?

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik , Universität Trier:

Die Programme sind alle geeignet, Griechenland kurzfristig über Wasser zu halten. Die wirklich wichtigen Schritte dagegen sind strukturelle Änderungen in Griechenland selbst, letztendlich können nur solche Strukturreformen Griechenland auf mittlere bis lange Frist wirklich aus der Krise helfen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Werden ausgebliebene Strukturreformen glaubhaft in Gang gesetzt, sind Finanzierungshilfen in Form einer weiteren Senkung des derzeitigen Aufschlags von 150 Basispunkten für laufende Hilfskredite und eine zeitliche Streckung des Konsolidierungsdrucks und/oder der Rückzahlungsverpflichtungen von Hilfskrediten denkbar.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Ein „stilles“ (nicht angekündigtes) Schuldentrückkaufprogramm würde die Kosten für ESM und ESFS reduzieren. Damit haften die, die eigentlich haften sollten.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es geht nur über eine drastische Entschuldung.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Ein Schuldentrückkauf treibt die Preise von griechischen Staatsanleihen künstlich hoch, löst aber kein Problem.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Keine der vorgeschlagenen Maßnahmen bekämpft die Ursachen der Krise. Es werden ausschließlich die Symptome etwas beeinflusst.

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Natürlich gibt es bald einen weiteren Schuldenschnitt. Ohne geht es nicht.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das hilft alles nicht wirklich und belastet den sowieso schon übermäßig belasteten Steuerzahler der Eurolandnordländer nur noch weiter.



Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das Land benötigt weitere Zufuhr von Liquidität und daher neue Kredite. Für ein Schuldentrückkaufprogramm könnte man an einem Wochenende ein Tendersverfahren mit gleichzeitigem Aussetzen des Handels der entsprechenden Schuldtitel ankündigen. Das würde wahrscheinlich die Bilanzen der Gläubiger wenig belasten, da ein Ansatz auf den niedrigen Wert bereits erfolgt ist.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Das alles ist und bleibt Flickschusterei, solange es Griechenland nicht gelingt, die wirtschaftlichen und institutionellen Strukturen so zu verbessern, dass nachhaltig Wachstumskräfte freigesetzt werden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ein Schuldentrückkauf zu Marktwerten würde Griechenland entlasten, ohne dass EZB und ESM Verluste zu tragen hätten. Diese würden allein bei den privaten Gläubigern anfallen. Allerdings müsste Griechenland dann sofort die Eurozone verlassen, weil sonst der Anreiz bestünde, einfach immer weiter so wie bisher zu machen.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Erst Schuldenschnitt, dann an Bedingungen geknüpfte Hilfen zur Überbrückung der Zeit ohne Kreditmarktzugang.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Griechenland benötigt eine Auszeit von der Eurozone, dann aber Unterstützung bei der Bewältigung der damit verbundenen Insolvenzen.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Das scheint mir doch alles ein Rumdoktern zu sein. Alles andere als ein partieller Austritt aus der Eurozone, verknüpft mit einem Schuldenschnitt, hilft nicht weiter.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Entweder müssen die Schulden, wie vom IWF gefordert, auf ein nachhaltiges Maß reduziert werden, oder das Land sollte aus dem Euro austreten. Letzteres wäre sehr schade aus europäischer Sicht, aber die Griechen sollten nicht für das Versagen des Euros geopfert werden. Austeritätspolitik funktioniert nicht, da sie das Wachstum zerstört. Alternativ könnte ein deutscher Austritt aus dem Euro hilfreich für die Beseitigung der makroökonomischen Ungleichgewichte sein.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ohne eine drastische Reduktion der Schuldenquote wird es nicht gehen. Dafür kommen entweder ein erneuter Schuldenschnitt oder aber ein Rückkaufprogramm in Frage.



Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Die Programme nützen wenig ohne radikale politische Reformen (Korruption, Vetternwirtschaft, Politikercliquen). Durch diese bisherigen Programme ist die „griechische“ bzw. südeuropäische Haltung zur Mehrheitspolitik in den Institutionen geworden. Europa hat jetzt eine Dauerkrise. Unsere Europa-Politik ist gescheitert.

PD Dr. Jochen Kurt Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Nur ein Schuldenschnitt taugt als Lösung.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Raus aus dem Euro!

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Über Griechenland braucht man sich eigentlich keine Gedanken mehr zu machen, weil es hier um die militärische Stellung Griechenlands in der NATO geht. Deshalb kann passieren was will, Griechenland wird „gerettet“.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Griechenland braucht Zeit um die staatlichen Strukturen wieder aufzubauen und die Wirtschaft zu reformieren und flexibler zu gestalten. Vor allem die Zinsausgaben belasten den Haushalt, der nicht weit von einem Primärüberschuss entfernt ist. Daher sind Zinsvergünstigungen und zusätzliche Kreditprogramme effektive Mittel. Ein Anleiherückkauf dürfte sein Ziel verfehlen, da sofort andere Marktteilnehmer mitkaufen würden und so die Anleihekurse deutlich ansteigen würden.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es bleiben kaum noch Instrumente zur „Rettung“ Griechenlands. Man wird sehr bald erkennen müssen, dass weitere Schuldenschnitte erforderlich sind. Dies wird dann Geld der Steuerzahler kosten.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung , Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Natürlich helfen diese Maßnahmen, ändern aber nichts am Strukturproblem der griechischen Wirtschaft und eines „failing states“. Das geht alles nicht an die Ursachen der Malaise.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Damit Griechenland eine glaubhafte Schuldentragfähigkeit erreicht, ist ein weiterer Schuldenschnitt notwendig. Ein Schuldentrückkaufprogramm unter Pari ist in der Theorie eine gute Idee. Das Einsparvolumen bei Aufkäufen von Papieren aus privaten Händen dürfte durch das Ankaufsprogramm induzierte Kursanpassungen eher begrenzt sein. Ein Ankauf der Schuldtitel von öffentlichen Gläubigern



gern wäre ökonomisch vergleichbar mit einem Schuldenschnitt oder Monetisierung der Staatsschulden durch die EZB.

FRAGE

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), Georg Fahrenschnon, hat harsche Kritik an der Geldpolitik der EZB geübt. Es finde eine „Art kalte Enteignung“ von Kleinsparern und Inhabern von Lebensversicherungen statt, sagte Fahrenschnon unlängst mit Blick auf die anhaltende Niedrigzinspolitik und die vergleichsweise hohe Inflationsrate von zuletzt 2,7 Prozent in der Eurozone. Teilen Sie diese Kritik?

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Das niedrige Zinsniveau ist der Ausnahmesituation angemessen: Euro-Schuldenkrise und Rezession. Die aktuelle EWU-Inflationsrate (Oktober 2,5%) ist durch die Ölpreisentwicklung und Steuererhöhungen erhöht.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Die niedrigen Zinsen sind eine Art Notoperation zur Stabilisierung des Finanzsystems und daher gut und erforderlich. Offen bleibt allerdings die Frage, ob die moderat steigende Inflation ein erster Schritt zu einem kontinuierlich steigenden Inflationsprozess ist. Die EZB Strategie könnte sein: Deflation durch Austerität im Süden und (moderate) Inflationierung im Norden durch lockere Geldpolitik ergibt im Durchschnitt eine „gerechte“ Rückkehr zum „richtigen realen Wechselkurs“ zwischen Süden und Norden. Egal ob dies funktioniert oder nicht, es wäre eine Besteuerung der Nominalvermögenshalter und damit der kleinen Sparer.

Dr. Justina A.V. Fischer Adjunct Professor, Universität von Oradea und Visiting Fellow, Universität Mannheim:

Dies ist wirtschaftlich und politisch gewollt.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

... und es kommt eher härter.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Die Preissteigerungen im Euro-Raum sind für eine Rezessionsphase ungewöhnlich hoch. Der Auftrieb kommt vor allem von den Importpreisen – das zeigt, wie wichtig eine stabile Währung ist. Bei stärker steigenden Preisen steht die EZB somit vor der Herausforderung, den Ausstieg aus der Niedrigzinsphase zu finden.



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das ist Unsinn. Für die Vermögensbildung entscheidend sind langfristige Renditen. Die niedrigen Renditen für langfristige deutsche Staatsanleihen sind für den Anleger das Problem, diese werden aber nicht durch die EZB verursacht.

Prof. Dr. Horst Schellhaas em. Professor, Universität zu Köln:

Normalerweise gilt die Regel: Realzins plus Inflationsrate ist gleich Nominalzins. Diese Regel wird durch die EZB außer Kraft gesetzt.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Dass die Sparer zur Zeit verlieren, ist schlicht ein Faktum. Allerdings hat sich das Euroland in eine Situation manövriert, in der es hierzu kaum mehr Alternativen gibt.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Als Lobbyist muss er das so sagen.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Niedrige bzw. negative Realzinsen sind einer Besteuerung von Vermögen gleichzusetzen

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Inflation ist immer eine „kalte Enteignung“ der Geldvermögensbesitzer, auch wenn sie nur ein wenig über der von der EZB festgelegten Zielmarke liegt. An der Niedrigzinspolitik ist zudem problematisch, dass sich negative Realzinsen herausbilden. Das kann erneut zu gravierenden Fehlentwicklungen (Überschuldung, Immobilienblasen) führen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die sogenannte finanzielle Repression ist ein skandalöser Weg, die fleißigen Bürger und Sparer mit den Kosten der Eurorettung zu belasten.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Relevant ist nicht alleine, was die gegenwärtige Politik den Kleinsparer kostet, sondern auch, was ohne die EZB-Maßnahmen passieren würde. Es sollten allerdings zügig Bedingungen geschaffen werden, die zum Ende der Vermischung von Geld- und Fiskalpolitik bei der EZB führen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es liegt in der Natur einer Phase des „Great Deleveraging“, dass wenn alle zum Sparen gezwungen sind, sich die finanziellen Konditionen für die Sparer verschlechtern.



Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:
Magere Zinsen, Kapitalertragsteuer und Preissteigerung, und wenn auch nur von 1,5 bis 2 Prozent, bringen eine „kalte Enteignung“ mit sich. Aber die Finanzminister werden schon dafür sorgen, dass das so bleibt.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Das ist lächerlich. Es gibt keine Garantie, dass der Zins immer positiv ist. Momentan wollen nunmal alle in sicheren Anlagen sparen, keiner will in riskante privatwirtschaftliche Projekte investieren. Den Ausdruck „Kleinsparer“ finde ich hier völlig unangebracht, denn hier geht es um die Vermögen der Wohlhabenden. Die Hälfte der Deutsche besitzt kein nennenswertes Vermögen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die Geldpolitik der EZB hat sich an den europäischen Notwendigkeiten und nicht an den deutschen Sparern zu orientieren. Es gibt gegenwärtig keinen Grund, die Zinsen zu erhöhen.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Verarmung der unteren und mittleren bis hin zur unteren gehobenen Schicht erfolgt rasant. Es ist nicht nur die Geldpolitik, es ist die Politik generell (einschließlich kalter Progression, Energiepreise usw.). Die Statistiken über steigendes Geldvermögen der Deutschen sind irreführend – Zuwächse gibt es nicht in diesen genannten Schichten, sondern bei Managern, Politikern usw.!

Dr. Alexander Krüger Chefvolkswirt, Bankhaus Lampe KG:

Die EZB trägt dazu bei, dass die Währungsunion nicht von heute auf morgen kolabiert. Dazu wird das Preisziel weniger stark gewichtet. Im EZB-Fokus stehen vielmehr Finanzmarktstabilität und die Erleichterung der Refinanzierung für Staaten. Die „kalte Enteignung“ ist hierbei der Preis, der zur Aufrechterhaltung der Währungsunion zu zahlen ist.

PD Dr. Jochen Kurt Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Angesichts des restriktiven fiskalischen Umfelds in der Eurozone ist eine Niedrigzinspolitik adäquat.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Monetäre Expansion bewirkt nur Strohfeuer, deren Wirkung auf Preise und Löhne die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden und Langzeitarbeitslosigkeit bewirken

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Da gibt es nichts zu begründen, weil es eine mathematische Wahrheit ist.



Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Mittel- bis langfristig ist ein extrem niedriges Zinsniveau sehr gefährlich. Wie viele Beispiele zeigen, wird dadurch die Grundlage für die nächste Spekulationsblase gelegt. Die sehr expansive Geldpolitik sollte so schnell wie möglich beendet werden, denn sie treibt Anleger (auch Banken) in riskante Anlagen.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es sieht so aus, als ob ein Politik-Kartell finanzielle Repression als Lösung der Staatsschuldenkrise beschlossen hat.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Bei einem Einlagenzins von häufig unter 1% und einer Inflationsrate von aktuell 2,0% verlieren Sparer jährlich 1% der Kaufkraft ihres Vermögens. Die Inflation wirkt in diesem Fall ähnlich einer Vermögenssteuer. Sie stellt zwar mittel- bis langfristig ein effektives Mittel zur Sanierung des Staatshaushaltes dar, ist aber nicht demokratisch legitimiert.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Zurzeit wären Zinserhöhungen kaum zu rechtfertigen und könnten den Sparern mehr schaden als nützen.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Er hat völlig recht, und die Politik wird eines Tages vor dem Scherbenhaufen stehen – und das dann, wenn die demographische Keule zuschlägt. Miserables Management, Note 6!

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die EZB ist nicht nur für Deutschland verantwortlich. Das muss man vielen erst klarmachen.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Negative Realzinsen diskriminieren Sparer und Inhaber von Lebensversicherungen. Die Frage ist, ob eine restriktivere Zinspolitik der EZB über dadurch induzierte Beschäftigungs- und Einkommenseffekte nicht mit größeren Nachteilen für Sparer und Inhaber von Lebensversicherungen verbunden ist. Ich denke, dass dies der Fall wäre.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Auch wenn die Erkenntnis ärgerlich sein mag, aber die Geldpolitik der EZB muss mehr im Blick haben, als die Interessen von deutschen Kleinsparern.



Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Unsinn! Die EZB ist nicht für Kapital- und Zinsinteressen da.

Prof. Dr. Peter Posch Institut für Finanzwirtschaft, Universität Ulm:

Viel schwerer als die Inflationsangst wiegt die Alternativlosigkeit der Kleinsparer.

FRAGE

Sehen Sie auf Sicht von sechs Monaten Spielraum für eine Erhöhung des Leitzinses um mindestens 50 Basispunkte?

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die EWU-Konjunkturindikatoren sind in der Summe schlecht, sie lassen noch nicht auf eine wirtschaftliche Stabilisierung schließen. Die BIP-Verlaufsrate im vierten Quartal dürfte leicht negativ ausfallen, die erwartete Wirtschaftserholung im nächsten Jahr nur sehr zaghafte verlaufen (Prognose BIP-Anstieg EWU 2013: +0,5%). Ernsthafte Inflationsgefahren sind bei einer wahrscheinlichen EWU-Inflationsrate von 2% im kommenden Jahr nicht absehbar. Auch wenn die EZB den Ausstieg aus ihrer sehr expansiven Politik frühzeitig einläuten sollte, sobald sich abzeichnet, dass die Euro-Schuldenkrise bewältigt ist, dürfte der Zeitpunkt für eine Zinserhöhung in den nächsten sechs Monaten noch nicht gekommen sein.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Die Weltwirtschaft läuft in einen Abschwung. Dieser würde hierdurch verstärkt.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Für uns in Deutschland müsste es eine Zinserhöhung geben.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Wirtschaftlich ja, politisch nicht, denn die EZB hat ihre Unabhängigkeit ohne Not verhökert.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine Zinserhöhung gefährdet die Refinanzierung von Staaten.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die konjunkturelle Situation der Eurozone ist dafür viel zu schlecht.



Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Angesichts der über 2 Prozent liegenden Inflationsrate sehe ich Spielraum für eine Leitzinserhöhung, erwarte aber nicht einen solchen Schritt.

Prof. Dr. Bruno Schöfeld Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das schließe sofort auf die Finanzierungskosten der PIIGS-Länder durch. In diesem Bereich ist die EZB bereits zum Gefangenen ihrer eigenen Politik geworden.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das würde auf den Finanzmärkten zu sehr starker Unruhe führen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die Konjunkturprognosen für den Euro-Raum sind zu düster.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Die Konjunktur im Euroraum ist zu schwach.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

... jedenfalls nicht ohne eine Neuausrichtung der „Rettungspolitik“.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Angesichts der sich schlechter entwickelnden Wirtschaftsaussichten wohl eher nicht.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Es gibt weder Inflationsgefahr noch Wachstum, dafür aber eine Menge Potential für eine Schulden-Deflation.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Das Wirtschaftswachstum in Europa wird gering bleiben und die Inflationserwartungen innerhalb der Zielgröße.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Ein „free lunch“ für Banken und Politik zerstört jede Altersvorsorge und damit den sozialen Konsens (das Problem tritt in 20-30 Jahren massiv auf!).



Dr. Alexander Krüger Chefvolkswirt, Bankhaus Lampe KG:

Auf Sicht eines halben Jahres werden Banken und Staaten weiter auf niedrige Zinsen angewiesen sein. Da die Inflationsrate zudem leicht sinken dürfte, wird aus Sicht der EZB vorerst kein Leitzinserhöhungsbedarf bestehen.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Auf europäischer Ebene nein. In einzelnen Ländern sähe das sicher anders aus.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Dies würde einige europäische Banken killen. Warum sollte man Zinsen erhöhen, wenn man in der Rezession ist? Das macht keinen Sinn.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Es wäre wünschenswert, wird unter dem Aspekt der Schuldenkrise aber kaum möglich sein.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Der Euro-Raum rauscht immer weiter in die Rezession. Deshalb wird der Zins niedrig gehalten werden.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Ja... aber das ist bei mir vor allem Wunschdenken.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte weiterhin schwach bleiben und mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit einhergehen. Zusätzlich dürfte aufgrund von Basel III die Geldschöpfung der Banken und somit das Geldmengenwachstum gering bleiben. Vor diesem Hintergrund ist in den kommenden sechs Monaten nicht mit einer Leitzinserhöhung zu rechnen.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die konjunkturelle Lage und die Entwicklung scheinen das nicht zuzulassen.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das wäre ein Schutz vor der unweigerlich drohenden Inflation.



Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Die Droge Niedrigzins muss der Wirtschaft – und den Finanzministern – dringend entzogen werden. Das wird zwar hart, wie bei jeder Entziehungskur. Aber die Alternative, die Zombifizierung der Wirtschaft à la Japan, ist erschreckend.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Eurozone befindet sich in einer Rezession.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Die konjunkturelle Situation und die Risiken einer politischen Zäsur in der EWU sprechen dagegen.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Zusammensetzung des Zentralbankrates macht angesichts der Rezession im Euro-Raum eine Zinserhöhung unwahrscheinlich.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Die Schuldenkrise besteht fort und lässt keinen Spielraum zu.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die extrem expansive Politik muss korrigiert werden.

Prof. Dr. Peter Posch Institut für Finanzwirtschaft, Universität Ulm:

Der Spielraum wäre da, allerdings wäre es nicht klug, diesen Schritt zu früh zu gehen.